

Newsletter 06/2009

Editorial	S. 1
Argumentationstraining/Edelweißpiratenfestival	S. 2
„...an nationalen Werten orientierte Jugendarbeit“	S. 3
Weitestgehend erfolglos – rechtsextreme Parteien bei der Europawahl	S. 3
Starker Anstieg bei rechten Straftaten	S. 3
Tagung: Provokation und Propaganda	S. 4
Auf die Kommune kommt es an!	S. 5
101 Projektideen gegen Rechtsextremismus	S. 6
Online-Bibliothek zum Thema Islam und Migration	S. 7
Bundesweiter Wettbewerb "Aktiv für Demokratie und Toleranz"	S. 7
NS-Dok stellt Arbeitsheft Rechtsextremismus kostenfrei zur Verfügung	S. 8
Buch: „Wider das Vogel-Strauß-Prinzip“	S. 9
Impressum	S. 9

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



in wenigen Tagen, am 3. Juli 2009, findet unsere Tagung "Die Erfindung der Deutschen. Rezeption der Varusschlacht und die Mystifizierung der Germanen" statt. Das Jubiläum der Varusschlacht, bei der die

Legionen des Quintilius Varus durch einen vom Cheruskerfürsten Arminius angeführten Aufstand vernichtend geschlagen wurden, wird durch eine Vielzahl an Publikationen, einige Ausstellungen und viele weitere Veranstaltungen begleitet. Aber warum beschäftigt sich eine Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus mit einem Ereignis, das sich im Jahr 2009 zum 2000. Mal jährt? Neozis gilt Arminius, später als Hermann einge-deuscht, als Vorbild, da er die Romanisierung Germaniens verhindert und die Fremden vertrieben habe. Dies wird als Legitimation für Agitation gegen das Fremde im heutigen Deutschland herangezogen.

Anderen gilt der Cheruskerfürst hauptsächlich als "erster Deutscher", die Schlacht gerät dabei zur „Geburtsstunde des deutschen Volkes“. Solcherlei Deutungen sind beeinflusst von Bildern und Denkfiguren, mit denen Arminius seit der frühen Neuzeit zum „nationalen“ Helden erkoren wurde. Unter dem Namen Hermann wurde er zum Symbol der Verteidigung des als „deutsch“ Ausgemachten gegen jedwede Bedrohung von außen. Galt Hermann den Nationalsozialisten als früher Vertreter einer überlegenen arischen Rasse, so

dienen „die“ Germanen auch der heutigen extremen Rechten zur Sinnstiftung und Identitätskonstruktion. Dies ist nicht allein ein Missbrauch oder eine Instrumentalisierung eines historischen Stoffes, sondern gleichermaßen übersteigter Ausdruck einer weit verbreiteten ethnisierenden Interpretation von Geschichte. Im Mittelpunkt der Tagung, die am 3. Juli im Römisch-Germanischen Museum der Stadt Köln stattfindet, steht weniger die Auseinandersetzung um archäologische Funde und die Verortung der Schlacht. Vielmehr soll am Beispiel der Rezeption und der Rezeptionsgeschichte von Arminius und der Varusschlacht die Frage nach der Relevanz nationalistischer Denkmuster in der Vermittlung geschichtlicher Ereignisse gefragt und die Bedeutung des heidnisch-germanischen Mythos für die extreme Rechte herausgestellt werden. Der medial-populärwissenschaftliche Umgang mit dem Thema wird ebenso in den Blick genommen.

Ich würde mich über Ihr Interesse an der Tagung freuen. Um Anmeldung unter ibs@stadt-koeln.de wird gebeten.

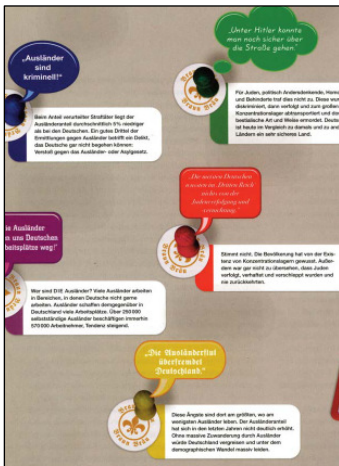
In diesem Newsletter finden Sie Hinweise auf weitere Veranstaltungen und Veröffentlichungen sowie Informationen über die Entwicklung der extremen Rechten. Ich danke ganz herzlich Max Gerlach für die Unterstützung bei der Erstellung dieses Newsletters.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Argumentationstraining gegen Stammtischparolen

Freitag, 26. Juni 2009, 14-18 Uhr, EL-DE-Haus, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln

mit Hans-Peter Killguss und Michael Trube



Wer hat es noch nicht erlebt? Rassistische Witze, dumpe Parolen, diskriminierende Sprüche und Vorurteile – sei es in der Schule, im Verein oder auf dem Familienfest. Es ist nicht einfach, solchen „Stammtischparolen“ etwas entgegenzusetzen. Dabei hilft nicht nur handfestes Faktenwissen. Angelehnt

mentationsstraining stehen neben inhaltlichen Inputs vor allem interaktive Übungen im Mittelpunkt. Damit lassen sich situatives Handeln und nützliche Kommunikationstechniken spielerisch erproben. Die Veranstaltung richtet sich an alle Interessierten.

Um Anmeldung wird gebeten unter: ibs@stadt-koeln.de

an das von Klaus-Peter Hufer entwickelten Argu-

Edelweißpiratenfestival

28. Juni 2009, ab 14.30 Uhr, Oberländer Wall / Titusstraße Südstadt

Sie nannten sich Navajos, Tampicos, Sturmschar, Freie Bündische oder Edelweißpiraten und sie wollten partout nicht nach Hitlers Pfeife tanzen! Das fünfte Edelweißpiratenfestival erinnert wieder an die mutige Jugendkultur während der Nazidiktatur. Das Spezialthema 2009 „Fernweh“ wird u.a. beim ausführlichen Rahmenprogramm und auf der Festivalparty am 27.06. zelebriert.

Im mittlerweile fünften Jahr des Festivals ist längst klar, dass diesem Thema ein fester Platz im Kultur- und Brauchtumskalender der Stadt Köln gebührt. Die Veranstalter freuen sich auf spannende Diskussionen, inspirierende Begegnungen und natürlich, jede Menge tolle Musik im Geiste der Edelweißpiraten und anderer couragierter Jugendlicher.

Das Spezialthema 2009 lautet „Fernweh“ und wird sich u.a. beim ausführlichen Rahmenprogramm bemerkbar machen.

Mehr Details zu den Veranstaltungen unter www.edelweisspiratenfestival.de/



Edelweißpiratenfestival
 28.06.09 im Friedenspark Köln
 Sonntag 14.30 Uhr Oberländer Wall / Titusstraße Südstadt Live-Musik mit
 Eierplätzchenband John Goldtrain Ramesh Shotham Tippaman + Karibik
 Express Götz Widmann La Papa Verde Szenario A Irmandade Dickes B.
 Harald 'Sack' Ziegler Microphone Mafia Verena Guido Children of Lir
 Schlagsaite Menschensinfonieorchester Dirk Hespers Die Brausen Klaus
 der Geiger Aktion Mutante Baui Kids Grünzeug Singender Holunder
 Nico Held Bergische Klingel Music for the Kitchen Zeitzeugen-Café etc.
 Fernweh: 27.06. Festivalparty ab 20 Uhr Läuferläuft Quantensprung Jan U.
 Rahmenprogramm von 14.-28. Juni siehe www.edelweisspiratenfestival.de
 Veranstalter: Edelweißpiratenclub e.V. in Koop. mit Jugendzentrum Basil Friedenspark / JugZ gGmbH + NS-Dokumentationszentrum + Humba e.V.

„...an nationalen Werten orientierte Jugendarbeit“

Ehemaliger pro NRW-Jugendbeauftragter nun bei den neonazistischen Freien Kräften Köln

„Nach mehr als reiflicher Überlegung“ ist René Emmerich zu dem Schluss gekommen „dass eine Zusammenarbeit [mit der pro-Bewegung] keinen weiteren Sinn mehr ergibt und dem von [ihm] verfolgten Ziel einer Veränderung der politischen Landschaft zum Wohle des Deutschen Volkes massiv abträglich wäre.“

Da er in der pro-Bewegung seine Ziele nicht weiter verfolgen kann, wechselt er nun zu den neonazisti-

schen „Freien Kräften Köln“, die sich um die einschlägig vorbestraften Nazikader Axel Reitz und Paul Breuer gruppieren. Diese waren früher in der neonazistischen „Kameradschaft Köln“ aktiv. Dort sei, so Emmerich, eine „an Wahrheit, Ehre und nationalen Werten orientierte Jugendarbeit angebracht und auch wirklich förderlich.“

Weitestgehend erfolglos

Rechte Parteien schneiden bei der Europawahl auch in Köln schlecht ab

Wahlkreis: Köln	
CDU	28,13
GRÜNE	23,19
SPD	22,53
FDP	14,12
DIE LINKE	5,37
REP	0,87
DVU	0,22

Bei der Europawahl vom 7. Juni 2009 konnten die europäischen Rechtsaußenparteien kräftig zulegen. Die FPÖ, die mit islamfeindlichen und rassistischen Parolen in den Wahlkampf gezogen war,

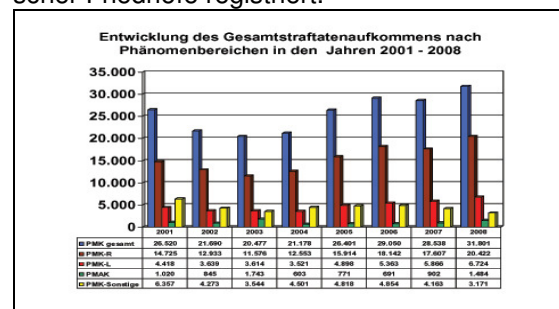
erhielt in Österreich 13,1 Prozent der Stimmen. Ähnlich die Dänische Volkspartei mit 14,8 Prozent oder die niederländische Freiheitspartei. Die Lega Nord bekam in Italien 10,2 Prozent, die Großrumänienpartei 8,6 Prozent, die britische BNP kam auf über acht Prozent und die antiziganistische und antisemitische Jobbik (Ungarn) gar auf 14,7 Prozent. In Deutschland dagegen schnitten die Republikaner mit 1,3 Prozent und die DVU mit gar nur 0,4 Prozent der Stimmen eher kläglich ab. In Köln kamen die REP sogar nur auf 0,87 Prozent, während die DVU sogar nur 0,22 Prozent erhielten. Das Ergebnis anderer Parteien aus der Grauzone (z.B. BUSO) ist ebenfalls kaum erwähnenswert.

Starker Anstieg bei rechten Straftaten

Rechte Täter haben im vergangenen Jahr zwei Drittel aller politisch motivierten Straftaten in Deutschland begangen. 2008 wurden insgesamt 20 422 Delikte von dieser Gruppe begangen, teilte das Bundesinnenministerium mit.

Das waren 16 Prozent mehr als 2007. Erstmals seit 2004 zählten die Behörden wieder zwei Morde mit extrem rechtem Hintergrund. Den kräftigen Anstieg im Bereich der rechten Kriminalität führt das Innenministerium auch auf die seit 2008 bundeseinheitlich erfassten Propagandadelikte zurück, die gut zwei Drittel aller Straftaten in diesem Bereich ausmachen. Gewalttätig wurden Rechte im vergangenen Jahr in 1113 Fällen (plus 5,6 Prozent). Dies waren die höchsten Zahlen seit 2001. Politisch rechts motivierte Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund stiegen 2008 um rund drei Prozent auf 2950. Gewalttaten mit entsprechendem

Hintergrund gingen um rund sieben Prozent auf 409 zurück. Politisch rechts motivierte Straftaten mit antisemitischem Hintergrund sanken um 4,2 Prozent auf 1496. Wie das Innenministerium auf eine Anfrage der Links-Abgeordneten Petra Pau mitteilte, wurden im vergangenen Jahr 53 Fälle (Vorjahr 30) antisemitischer Schändungen jüdischer Friedhöfe registriert.



Tagung: Provokation und Propaganda. Rechtsextreme Straßenpolitik als Herausforderung für die Zivilgesellschaft

Tagungsbericht von Max Gerlach



Was ist zu tun gegen rechtsextreme Straßenpolitik? Ignorieren? Verboten? Protestieren? Auf der Fachtagung am 19. Juni 2009 in Münster wurden verschiedene Aspekte zum Thema „Rechtsextreme Straßenpolitik“ beleuchtet und diskutiert. Schon beim Inputreferat der „Mobilen Beratungsstelle im Münsterland“ wurde die rechtsextreme Straßenpolitik auf ihre Wirkung untersucht. Dabei gehe es den Nazis weniger um die Überzeugung von Passanten als viel mehr um eine gemeinschaftliche Selbstinszenierung nach innen und eine Demonstration der eigenen Macht und Stärke nach außen - Kernaussagen, die andere Referenten im Laufe der Tagung bekräftigen sollten.

Bevor eine tiefere Beschäftigung mit den Neonazis geschah, widmete sich der Historiker Daniel Schmidt der Straßenpolitik der SA im Ruhrgebiet. Auch historisch gesehen diente die Straßenpolitik der Nazis vor allem der Gemeinschafts- und Sinnstiftung in die eigenen Reihen, sowie der Erzeugung öffentlicher Aufmerksamkeit. Ganz bewusst betrieb die SA auch die Eskalation politischer Gewalt.

Dr. Fabian Virchow vom Zentrum für Konfliktforschung Marburg referierte in seinen Ausführungen zur extrem rechten Demopolitik von 1998-2008. Pro Jahr gebe es ca. 100 Neonazi Aufmärsche, die mit

durchschnittlich 250-270 Menschen pro Demo besucht werden, ca. 20% sind Frauen; Tendenz steigend. Auch die Professionalität, mit der Aufmärsche der extremen Rechten durchgeführt werden, nehme zu, wofür der von „Autonomen Nationalisten“ initiierte schwarze Block auf Demos Indiz sei, sowie die von ihnen akribisch eingehaltene Formationen. Thematisch widme sich eine Großteil der Demonstrationen dem Thema „Antikapitalismus“, gefolgt von „NS-Verherrlichung“ und Aufrufen „gegen Linke“.

Als ergänzende Funktionen, die den Aufmärschen zukommt, nennt er u.a. die Kontaktmöglichkeiten, die solche Veranstaltungen bieten und dem damit verbundenen Aufbau personeller Netzwerke und Kontakte.

In einer nächsten Einschätzung äußerte sich Jürgen Peters vom antirassistischen Bildungsforum Rheinland über extreme Rechte Straßenpolitik in NRW. Seit Ende 1998 wären die Nazis wieder eine wahrnehmbare Kraft auf den Straßen NRWs. Ein Einbruch gebe es 2004, als Neonazikader Axel Reitz inhaftiert wird und damit de facto das Aktionsbüro West zusammenbricht. 2008 liegt die Anzahl der Naziaufmärsche in NRW bei 27, mit 4.000 Teilnehmern; 2009 sind es bereits 33 Aufmärsche mit 2.900 Teilnehmern. Er sehe eine Zuspitzung auf das Thema „Antiislam“.

Udo Behrendes vom Polizeipräsidium in Köln gab mit seinen Ausführungen einen Einblick in den Umgang der Polizei mit rechtsextremen Demos. Auch Nazis hätten ein verfassungsrechtlich garantiertes Recht auf freie Meinungsäußerung, das die Polizei schützen müsse. Zu einem Aufmarschverbot könne es nur kommen, wenn unmittelbare Gefährdungen von der Demo ausgehen, oder der polizeiliche Notstand ausgerufen würde. Deutlich macht er, dass, wer eine politisch wertende Polizei fordert, den Weg für eine mögliche Polizeistaatlichkeit ebne.

Dr. Elke Steven vom Komitee für Grundrechte und Demokratie aus Köln referierte über Versammlungsgesetze und widmete sich der Frage, ob diese ein Instrument im Kampf gegen Rechtsextremismus sind. Da Versammlungsrecht inzwischen Lan-

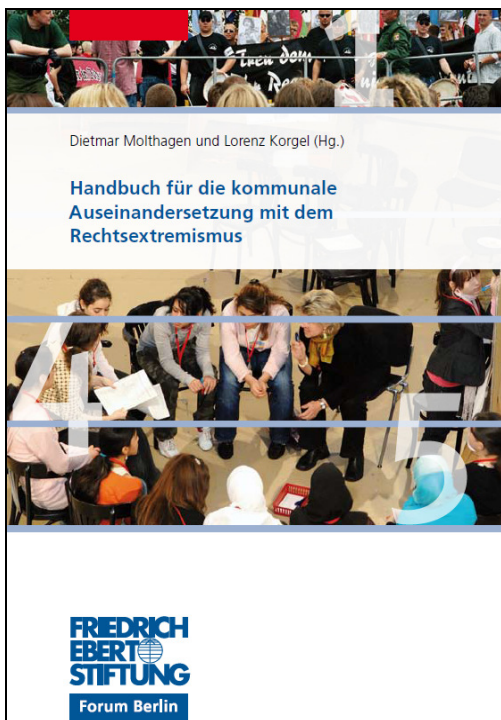
desrecht sei, hatte Bayern 2008 ein eigenes Versammlungsgesetz mit der Absicht verabschiedet, rechtsextreme Versammlungen verbieten zu können. Das Gesetz wurde inzwischen vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt, eine Einschränkung der Meinungsfreiheit sei nicht verfassungskonform. Dennoch gebe es Strafbestände, welche die Meinungsfreiheit einschränken, wie z.B. die Leugnung des Holocaust oder das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbolik.

Die abschließende Podiumsdiskussion, an der auch Hans-Peter Killguss von der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus teilnahm, widmete sich großteils der Frage, wie die Zivilgesellschaft in verschiedenen Orten gegen Rechtsex-

treme vorgehen kann und vorgeht, sowie die Rolle der Presse. Aus Erfahrung berichtete ein Delegierter des „Bündnis gegen Rechts“ aus Haltern am See, sowie ein Vertreter der „Demokratischen Initiative gegen Diskriminierung und Gewalt, für Menschenrechte und Demokratie“ aus Gelsenkirchen. Um weitere Facetten ergänzte Kai Venohr vom DGB Bildungswerk die Diskussion. Deutlich wurde, dass alle Diskussionsteilnehmer eigenständigen Agieren, dem ewigen reagieren auf rechtsextreme Umtriebe künftig vorziehen möchten. „Für Toleranz und Demokratie“ statt „gegen Rassismus und Rechtsextremismus“, war der abschließende Tenor.

Auf die Kommune kommt es an!

Handbuch für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus:



Auf die Kommune kommt es an! Dies ist die Grundüberzeugung der Autorinnen und Autoren eines neuen Handbuchs zur kommunalen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Dieses Projekt wurde im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung umgesetzt. Denn die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus müsse hauptsächlich in Kom-

munen geführt werden, heißt es. Einerseits seien rechtsextreme Personen und Organisationen immer in einem konkreten Umfeld aktiv und haben ihre kommunalen Aktivitäten in den vergangenen Jahren ausgeweitet. Andererseits gebe es aber auch zahlreiche kommunale Aktionsbündnisse, Initiativen und Projekte, die gegen Rechtsextremismus und für ein demokratisches und tolerantes Miteinander eintreten.

Da kommunale Akteure immer wieder vor ähnlichen Herausforderungen stehen, versammelt das Buch auf 357 Seiten erfolgreiche Praxisbeispiele, zeigt juristische Handlungsmöglichkeiten auf und stellt wichtige Informationen zusammen. Die praxisorientierten Kapitel wollen Ideen und Erfahrungen weitergeben, zum eigenen Weiterdenken anregen und Mut machen, aktiv an einem demokratie- und menschenrechtsorientierten Gemeinwesen mitzuarbeiten.

Ebenso wenig wie es in Deutschland „den“ Rechtsextremismus gebe, könne es „die“ Gegenstrategie geben, heißt es weiter. Ein wichtiger Schritt, um eine kommunal passende Form der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu finden, sei daher die Analyse der Ausgangslage vor Ort. Nur eine Mischung verschiedener Maßnahmen kann den Autoren und Autorinnen zufolge zu einer nachhaltig erfolgreichen kommunalen Strategie gegen Rechtsextremismus werden – und neben den Symptomen auch Ursachen rechtsextremen Denkens und Handelns bearbeiten.

Auseinandersetzung verbessert

Die FES betont auch: Vieles hat sich in den vergangenen Jahren in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus verbessert. In zahlreichen lokalen Projekten arbeiten engagierte Bürgerinnen und Bürger gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Menschenrechte – in vielen Fällen gefördert durch die von der rot-grünen Bundesregierung eingeführten Bundesprogramme, die von der aktuellen Bundesregierung fortgeführt werden. Es haben sich in den neuen und zunehmend auch in den alten Bundesländern Strukturen zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus etabliert. Zudem ist eine gestiegene Sensibilität gegenüber rechtsextremen Aktivitäten zu beobachten, nicht zuletzt in kommunalen Verwaltungen und politischen Gremien. Demonstrationen oder Proteste gegen rechtsextreme Aktivitäten an vielen Orten des gesamten Bundesgebiets sind dafür ebenso ein sichtbares Zeichen wie kommunale Leitbilder für ein demokratisches Miteinander und Maßnahmen zur Förderung eines gelingenden Zusammenlebens in Vielfalt. Hinzu kommt, dass Einstellungsuntersuchungen einen leichten Rückgang bei der Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen er-

geben. Wir stehen also nicht mehr am Anfang der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Ignorieren hilft nicht - im Gegenteil!

Die Auseinandersetzung mit dem Problem Rechtsextremismus ist alternativlos, betonen die Autoren. Die oftmals leidvolle Erfahrung, insbesondere in den neuen Bundesländern der 1990er-Jahre, hat gezeigt, dass der Versuch, Rechtsextremismus zu ignorieren, in aller Regel zu einer Verschärfung des Problems führt. Wenn aber die Auseinandersetzung geführt wird, wenn Politik, Verwaltung und Bevölkerung sich über unverzichtbare demokratische Grundsätze des Zusammenlebens einigen und gemeinsam gegen diese Grundsätze infrage stellenden rechtsextreme Bewegung vorgehen, kann am Ende die Demokratie sogar gestärkt aus dieser Konfrontation hervorgehen.

Gekürzter Bericht aus: www.npd-blog.info

Das Handbuch steht zum Download zur Verfügung unter:

<http://library.fes.de/pdf-files/do/06431.pdf>

101 Projektideen gegen Rechtsextremismus

Die wirksame Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus beginnt nicht erst, wenn Rechtsextremisten in den Regionen aktiv werden oder aufmarschieren. Sie beginnt im Elternhaus, im Kindergarten, in der Schule und insbesondere in der Jugendarbeit.

Weil Demokratie eine andauernde Herausforderung und Provokation für Rechtsextremisten und Neonazis ist und sie erklärterweise unsere Demokratie stürzen wollen, geht es vor allem darum, sich mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu verständigen und um möglichst mit allen Sinnen zu begreifen, zu erfahren und zu verstehen, was Sinn macht, Wert hat, als Regel taugt und deshalb für alle gelten soll und kann.

Themen wie Demokratieentwicklung, Erinnerungsarbeit, Gewaltdeeskalation, Rassismus, Menschenrechte, Antisemitismus, Sexismus usw. und die reflektierende, gelebte Praxis von Demokratie stehen dabei ebenso im Vordergrund wie die Frage: „Was brauchen Kinder, Jugendliche und Erwach-

sene, damit sie auf die Verletzung, Demütigung, Erniedrigung usw. anderer verzichten können?“



Dabei geht es insbesondere auch darum, Raum – Zeit – Atmosphäre, Erlebnisräume, Methodenrepertoires, konstruktive Konfliktlösungen und Praxis zu entwickeln, zu erproben und zu realisieren, damit Kinder, Jugendliche und Erwachsene selber herausfinden können, was gut oder schlecht für sie ist und damit sie auf Rechtsextremismus als scheinbares Lösungsmittel nicht zurückgreifen müssen.

In dem von der ibs mit herausgegebenen Handbuch 101 Projektideen gegen Rechtsextremismus werden zahlreiche, in der Praxis erprobte Projekte vorgestellt, um dem Rechtsextremismus das Wasser abzugraben.

Bestellungen:

Gewalt Akademie Villigst

Haus Villigst

58239 Schwerte

E-Mail: netzwerk@afj-ekvw.de

Tel.: 02304 / 755190 Fax.: 02304 / 755248

www.gewaltakademie.de

Online-Bibliothek zum Thema Islam und Migration

Auf der Internetseite www.ufuq.de ist jetzt unter der Rubrik "Online-Bibliothek" eine umfangreiche Zusammenstellung von Veröffentlichungen rund um das Thema Islam und Migration eingestellt.



Sortiert nach Themenfeldern wie "Jugendkultur & Schule", "Islam als Religion & Kultur" oder "Islamismus & Antisemitismus" sind Broschüren und Materialien, die für die Bildungsarbeit mit jungen Migranten und Muslimen hilfreich sind, dokumentiert.

Den größten Teil der Materialien können User auf der Seite online durchblättern und bei Interesse herunterladen und ausdrucken. Für andere Texte findet man einen Link, unter dem die betreffende Broschüre als pdf-Datei gelesen und heruntergeladen werden können.

Die dokumentierten Broschüren und Materialien stammen durchweg aus seriösen Quellen (z.B. Parteistiftungen, NGOs, migrantische Verbände und staatliche Stellen), geben aber zum Teil sehr unterschiedliche und kontroverse Sichtweisen und Positionen wieder.

Bundesweiter Wettbewerb "Aktiv für Demokratie und Toleranz" Stadt Köln gratuliert Kölner Preisträgern zum Erhalt ihrer Auszeichnungen

Zwei Kölner Vereine sind jetzt in dem bundesweiten Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ für ihr Engagement ausgezeichnet worden. Der „Zurück in die Zukunft e.V.“ und der „Kölner Appell gegen Rassismus e.V.“ erhielten ihre Preisurkunden gemeinsam mit anderen Preisträgern aus NRW bei einer öffentlichen Preisverleihung am 2. Juni 2009 im Bonner Rathaus.

Die beiden Kölner Vereine sind als Kinder- und Jugendhilfeträger und als Interkulturelle Zentren anerkannt. Die Stadt Köln, insbesondere das Interkulturelle Referat, arbeitet mit beiden Vereinen intensiv zusammen und gratuliert zu den Ehrungen. Der „Zurück in die Zukunft e.V.“ wurde für das Projekt „ProRespekt“ ausgezeichnet. Das Projekt zur Gewaltprävention und Förderung der Integration und interkulturellen Kompetenz im Stadtbezirk Nippes hatte das Ziel, Strukturen im Stadtteil so zu verändern, dass ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Kulturen gelingen kann. Hierzu wurden sowohl Jugendliche als auch das pädagogische Personal aus den Bereichen Jugendhilfe und Schule zu "Botschaftern für Toleranz und Integration" geschult und ausgebildet. Der Verein hat

das Projekt in Kooperation mit dem Interkulturellen Dienst im Bezirksjugendamt Nippes und dem Diversity Network Berlin-Dortmund-Köln initiiert und durchgeführt. Das Projekt wurde im Jahr 2008 aus Mitteln für Antirassismus-Training von der Stadt Köln bezuschusst. Dem „Kölner Appell gegen Rassismus e.V.“ in Ehrenfeld wurde der Preis für das Projekt „Körnerstrasse 77“ verliehen. Die gleichnamige Kinder- und Jugendzeitung wird von der Zeitungs-Arbeitsgruppe redigiert, die als jugendpflegerisches Zusatzangebot zur Hausaufgabenhilfe des Vereins entstand und in der 14 Kinder und Jugendliche, meist mit Migrationshintergrund, im Alter zwischen 10 und 16 Jahren aktiv sind. Die Zeitung versteht sich als eine Form der Gewaltprävention unter Kindern und Jugendlichen, da sie es ihnen ermöglicht, ihre Stimme zu erheben, ihre Ängste, Wut und alltäglichen Sorgen mittels der Sprache auszudrücken und zudem die Erwachsenen darüber informiert. Außerdem macht jede Ausgabe der Zeitung eines der zehn Kinderrechte nach dem Leitfaden des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen UNICEF zum Thema, weshalb der Arbeitsgruppe im September 2008 auch

der WDR-Kinderrechtspreis 2008 verliehen wurde. Das von der Bundesregierung gegründete „Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt“ hat das Ziel, Kräfte für ein respektvolles Miteinander zu bündeln und Impulse durch gute Beispiele zu geben. Mit dem Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ werden vorbildliche und nachahmbare Aktivitäten

zivilgesellschaftlicher Organisationen gesammelt. Die besten Projekte werden vom Beirat des Bündnisses ausgewählt und mit zahlreichen Geldpreisen zwischen 1.000 und 5.000 Euro ausgezeichnet. Weitere Informationen unter www.buendnistoleranz.de.

Arbeitsheft zum Rechtsextremismus in Köln NS-Dok stellt didaktische Materialien zur Demokratieförderung vor

„Rechtsextremismus in Köln?!“, so lautet der Titel eines Arbeitshefts, das das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln veröffentlicht. Es richtet sich an Jugendliche der Sekundarstufe II, aber auch an Erwachsene, insbesondere Multiplikatoren und Multiplikatorinnen. Mit einer Vielzahl von kommentierten Originalmaterialien und einführenden Texten verfolgt die 65-seitige Publikation das Ziel, die Auseinandersetzung mit dem Thema und das Engagement für Demokratie zu fördern.

Nach einer allgemeinen Einführung, die auch den Begriff Rechtsextremismus erläutert, stellt das Arbeitsheft Dokumente zu einzelnen Aspekten der NS-Zeit in Köln dar. Ein Kapitel enthält neben rechtsextremen Plakaten auch antisemitische Briefe von Privatpersonen seit den 1990er Jahren. Sie machen deutlich, wie massiv die rechtsextreme Ideologie bis in die Bevölkerung hinein wirkt. Ein eigenes Kapitel ist der Asyldebatte zu Anfang der neunziger Jahre gewidmet, die zum traurigen ersten „Höhepunkt“ neo-rechtsextremen Auftretens in Köln führte, der steckbriefähnlichen Hetze gegen eine „Scheinasylantin“ im Jahr 1993.

Das Arbeitsheft dokumentiert auch ausführlich durch Flugblätter, Broschüren und Zeitungsartikel Ideologie und Handeln der rechtsextremen Parteien in Köln seit 1989. Es stellt dabei die Kontinuitäten führender Personen über die diversen Parteien und Formationen hinweg sowie Wandel und Fortbestehen der Ideologie dar. Obwohl immer noch die Meinung vorherrscht, dass Rechtsextremismus in Köln kein Problem sei, zeigt sich auch in dieser Stadt, dass es Anlass dazu gibt, sich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinanderzusetzen.

Zum Abschluss nennt das Heft einige praktische Aktionsformen gegen Rechtsextremismus und Quellen für weitere Informationen. Zu den abge-



bildeten Materialien sind am Ende eines jeden Kapitels Aufgaben gestellt, die sich beispielsweise für Gruppenarbeit von Schülern und Schülerinnen eignen. Das Arbeitsheft ist jedoch weit über den schulischen Kontext hinaus nutzbar.

Der Politikwissenschaftler Ioannis Orfanidis konzipierte und verfasste die Publikation. Sie ist ein Ergebnis eines Praktikums, das der Verfasser im NS-Dokumentationszentrum absolviert hat. 1980 in Köln geboren, studierte er an der Universität Bonn Politische Wissenschaften, Neuere Geschichte und Völkerrecht. Seine Masterarbeit schrieb er über die „Neue Rechte“ und deren parteipolitische Verankerung. Mit dem Arbeitsheft will er dazu ermuntern, deutlich Partei zu ergreifen für Menschenrechte, Gleichberechtigung, und Gewaltfreiheit sowie gegen Rassismus, Antisemitismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Das Arbeitsheft ist ab sofort für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen sowie im Klassensatz für Schulen im NS-Dokumentationszentrum kostenfrei erhältlich. Bestellungen unter: ibs@stadt-koeln.de

Buch: „Wider das Vogel-Strauß-Prinzip“ IDA-NRW (Hg.):

Zum Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen – Reihe „Materialien zum Rechtsextremismus“, Band 8

Die Broschüre „Wider das Vogel-Strauß-Prinzip. Zum Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen“ in der Reihe „Materialien zum Rechtsextremismus“ ist im vergangenen Jahr auf so großes Interesse gestoßen, dass nach wenigen Monaten die gesamte Auflage vergriffen war. IDA-NRW hat nun die zweite Auflage herausgegeben. Der Reader widmet sich den Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Antworten auf Rechtsextremismus und gibt praktische Tipps für Jugendarbeit, Schule und Familien. Die Beiträge des Bandes zeigen, dass es kein Patentrezept zur Förderung von Ausstiegen aus der rechtsextremen Szene gibt. Die Autorinnen und Autoren machen aber deutlich, dass Wegsehen und Ignorieren – mit anderen Worten: ein Vogel-Strauß-Verhalten – keine Erfolg versprechenden Strategien sind. Sie plädieren vielmehr für Beziehungsarbeit, Grenzsetzungen und inhaltliche Auseinandersetzungen.

Nach einer Einführung in die „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ werden im Kapitel „pädagogische Interventionen“ verschiedene Handlungsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Fachkräfte der Jugendarbeit aufgezeigt. Das Kapitel „Wege aus der Szene“ beinhaltet Analysen zu Einstiegs- und Ausstiegsprozessen und stellt Eckpunkte zur Beratung von Angehörigen rechtsextrem orientierter Jugendlicher vor, die auf Hilfe zur Selbsthilfe abzielt. Das Kapitel „Verhaltenstipps“ informiert über Gegenstrategien bei Stammtischparolen und gibt Eltern und Angehörigen praxisnahe Anregungen zum Umgang mit ihrem Kind. Der abschließende Serviceteil umfasst eine kommentierte Literaturliste, für die Bildungsarbeit geeignete Filme sowie Websites mit weiterführenden Informationen zum Thema.

Der Reader wurde im Rahmen des Sonderprogramms „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den Europäischen Sozialfonds sowie durch das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Die Broschüre umfasst 72 Seiten und ist kostenlos. Versandkosten & Porto werden in Rechnung gestellt. Maximale Bestellmenge: 3 Exemplare.

Bezugsadresse:
IDA-NRW
Volmerswerther Str. 20
40221 Düsseldorf
Tel: 02 11 / 15 92 55-5
Fax: 02 11 / 15 92 55-69
Info@IDA-NRW.de
www.ida-nrw.de

Impressum

Redaktion: Hans-Peter Killguss

Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln

Tel.: 02 21 - 2 21 26332
Fax: 02 21 - 2 21 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de/ibs

